

2°. Fixe au 1^{er} mars 1935 la date de la réinstallation de l'Allemagne dans le gouvernement du Territoire du Bassin de la Sarre;

3°. Charge son Comité d'arrêter, en consultation avec le Gouvernement allemand, le Gouvernement français et la Commission de gouvernement de la Sarre, les dispositions requises en vue du changement de régime dans le Territoire et des modalités d'exécution des engagements ci-dessus mentionnés. Dans le cas où ces dispositions n'auraient pu être arrêtées à la date du 15 février 1935, le Comité soumettrait ses propositions au Conseil, qui prendrait les décisions nécessaires, en conformité des paragraphes 35 c), et 39 de l'annexe à l'article 50 et des engagements spéciaux pris par les deux Gouvernements à l'occasion du plébiscite.

Die völkerrechtliche Lage auf dem Balkan ¹⁾

Der Streit zwischen Ungarn und Jugoslawien — Organisationsstatut der Balkanentente, Errichtung eines Wirtschaftsrates — Streitfälle zwischen der Türkei und Griechenland, Albanien und Griechenland — Balkanentente und Kleine Entente

Die außerordentliche Spannung, die im Zusammenhang mit dem Mord an König Alexander von Jugoslawien in Marseille zwischen Ungarn und Jugoslawien entstanden ist, hat den Balkan wieder für gewisse Zeit in den Mittelpunkt des europäischen Interesses treten lassen. Das von Jugoslawien auf Grund von Art. 11 Abs. 2 des Völkerbunds Paktes eingeleitete Verfahren vor dem Völkerbundsrat, das der Feststellung der Verantwortlichkeit der ungarischen Regierung für die auf seinem Gebiet geduldete Vorbereitung von Terrorhandlungen durch kroatische Auswanderer dienen sollte, hat mit dem Ratsbeschuß vom 10. Dezember 1934 ²⁾ einen vorläufigen Abschluß gefunden. Der Beschuß hat durch seine allgemeine Formulierung der Verpflichtungen der Staaten in bezug auf terroristische Akte sowie durch den bemerkenswerten Hinweis darauf, daß sich diese Verpflichtungen für die Völkerbundesstaaten aus der gebotenen Achtung der Unverletzlichkeit des Territoriums und der politischen Unabhängigkeit ergeben sollen — womit offenbar auf Art. 10 des Paktes Bezug genommen werden soll — eine über den konkreten Fall hinausgehende Bedeutung. Diese kommt auch darin zum Ausdruck, daß, da die Mächte über die Notwendigkeit allgemeiner Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus einig waren ³⁾, durch den Ratsbeschuß ein Comité zur Vorbereitung solcher Maßnahmen eingesetzt worden ist.

1) Letzter Bericht Bd. IV S. 878 ds. Ztschr.

2) Abgedruckt unten S. 135.

3) Vgl. auch das unten S. 181ff. behandelte Projekt eines Internationalen Strafgerichtshofes.

Endgültig ist der Streitfall allerdings insofern noch nicht abgeschlossen, als einmal die ungarische Regierung dem Rat noch die Ergebnisse ihrer Enquete über die Haltung der ungarischen Behörden vorzulegen hat und ferner die Rede von Jevtitsch vor der Skupstina⁴⁾ die Vermutung nahelegt, daß Jugoslawien die Frage eventueller Sanktionen im geeigneten Moment von neuem aufrollen lassen wolle.

Der ungarisch-jugoslawische Streit erhielt eine besondere Schärfe durch die in seinem Verlauf von beiden Seiten vorgenommenen Massenausweisungen der beiderseitigen Staatsangehörigen. Wie die Blätter beider Länder sich gegenseitig vorwarfen, sollen ganze Transportzüge, geladen mit Ungarn und Jugoslawen des verschiedensten Alters, über die Grenze geschoben worden sein. Man hat diese Ausweisungen offiziös damit gerechtfertigt, daß es sich um Personen handele, die sich nicht rechtmäßig auf dem fremden Territorium aufhielten, von jugoslawischer Seite insbesondere damit, daß die Aufenthaltsbewilligungen der betreffenden Personen abgelaufen seien und infolge der ungünstigen Arbeitslage nicht verlängert werden könnten.

Völkerrechtlich bemerkenswert ist daran, daß man sich offenbar scheut, die Massenausweisungen als solche einfach in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Streitfall zu bringen, vielmehr nach einer besonderen Rechtfertigung im Einzelfall sucht. Und in der Tat erscheinen solche Maßnahmen in Friedenszeiten und zwischen miteinander in regelmäßigen Beziehungen stehenden Staaten einer rechtlichen Betrachtung wert. Ähnliche Fälle haben sich bisher meist im Kriege ereignet. Im Jahre 1755 haben die Franzosen die in Frankreich lebenden Engländer vertrieben⁵⁾, dasselbe geschah den Deutschen im Jahre 1870. Die Türken haben dieselbe Methode im Kriege im Jahre 1897 gegen die Griechen und 1912 gegen die Italiener angewendet. Auch im Weltkriege ist sie verschiedentlich angewendet worden.

Die Frage ist, ob es, abgesehen von bestehenden Vertragsverpflichtungen, eine Norm des gemeinen Völkerrechts in dieser Hinsicht gibt. Die Theorie⁶⁾ geht überwiegend dahin, jedem Staat das Recht zur Ausweisung — und zwar auch zur Massenausweisung — von Ausländern aus Gründen seiner Sicherheit zuzugestehen. Da über seine Sicherheit jeder Staat nur selbst entscheiden kann, so bestände damit die Möglichkeit einer objektiven rechtlichen Beurteilung solcher Fälle kaum⁷⁾.

4) *Le Temps* v. 5. Januar 1935.

5) Moser, *Völkerrecht*, 1779, § 45.

6) De Vattel, *Amsterdam* 1775, L II ch. VII u. VIII; Bluntschli, *Droit intern. codifié*, Paris, 1881, Art. 383; Fiore, *Nouveau Droit intern.*, Paris, 1868—69, I § 489 ff.; Mérignac, *Droit public intern.*, Paris, 1905—12, I, S. 251 ff.; Liszt-Fleischmann, *Berlin* 1925, § 20, 3; Fauchille, *Traité de droit intern. publ.*, Paris 1922, I § 443.

7) Vgl. auch Art. 28 des Entwurfs auf der Genfer Tagung, 1892, des *Institut. de Droit international* (Annuaire t. XII, p. 184 ff.), wo eine detaillierte Regelung versucht wird.

Der Streitfall hat uns endlich eine Äußerung von Titulesco über die Revision der Verträge beschert, die vor allem dadurch bemerkenswert ist, daß sie, neben der bekannten Meinung, daß endgültig getroffene Regelungen, wie insbesondere territoriale Grenzen, nicht im Sinne von Art. 19 des Paktes »unanwendbar« werden können, die Erklärung enthält, daß »Revisionismus und Terrorismus nicht so sehr verschiedene Dinge seien (!⁸⁾)

Im Zusammenhang mit dem Marseiller Attentat sind ferner einige Fälle von Auslieferungsbegehren erwähnenswert. Das Oberlandesgericht von Turin hat durch ein Urteil vom 23. November 1934⁹⁾ die Auslieferung der Kroaten Pavelitsch und Kvaternik an Frankreich unter Berufung auf den französisch-italienischen Vertrag vom 12. Mai 1870 für unzulässig erklärt, da es sich um politische Verbrechen handle¹⁰⁾. Man hat diese Ablehnung mit dem Hinweis kritisiert, daß die Ausnahme für die Auslieferung politischer Delinquenten den Grund habe, daß ein Zweifel an der Unparteilichkeit des betroffenen Staates und seiner Gerichtsbehörden bestehen könne¹¹⁾. Dies treffe aber nicht zu, wenn nicht dieser sondern ein dritter, nicht unmittelbar betroffener Staat die Auslieferung begehre, also hier Frankreich und nicht Jugoslawien. Abgesehen davon, daß der italienisch-französische Vertrag für eine solche Auffassung keine Anhaltspunkte bietet, liegt der Sinn der Ausnahme für politische Straftaten nicht in einem derartigen, mit der gegenseitig gebotenen Achtung zwischen den Staaten der Völkerrechtsgemeinschaft und der darin liegenden Anerkennung der Integrität ihrer landesrechtlichen Institutionen nicht zu vereinbarenden Verdacht sondern in der Tatsache, daß das politische Delikt seine strafrechtliche Wertung nur aus der innerpolitischen konkreten Ordnung des einen Staates erfährt, nicht aus einer allgemeinen Anschauung von der rechtlichen Verwerfbarkeit seiner Motive¹²⁾.

Anders ist unter Umständen ein von Bulgarien an die Türkei gerichtetes Begehren auf Auslieferung des Chefs der mazedonischen revolutionären Organisation, Ivan Michailoff, zu beurteilen. Ein Zusammenhang mit dem Marseiller Attentat liegt hier darin, daß man eine Zusammenarbeit von Kroaten und Mazedoniern feststellen zu können

⁸⁾ Vgl. im übrigen den Wortlaut der Äußerung unten S. 137.

⁹⁾ La Documentation Internationale, 1. Jhrg. No. 8, S. 133.

¹⁰⁾ Sirey, Lois annotées, 1870, S. 474. Art. 3 des Vertrages: Les crimes et délits politiques sont exceptés de la présente convention.

¹¹⁾ Vgl. M. Philonenko, in Journal du droit international (Clunet), nov.—déc. 1934, S. 1157 ff.

¹²⁾ Dies ist übrigens auch der Ausgangspunkt des französ. Auslieferungsgesetzes von 1927, das keine Definition des politischen Delikts enthält, weil es eine möglichst weitgehende Immunität politischer Delikte erreichen will. Vgl. M. Travers, L'entr'aide répressive internationale et la loi française du 10 mars 1927, Paris 1928, vor allem S. 76 ff.

geglaubt hat. Sollte das Auslieferungsbegehren, das Pressemeldungen nach abgelehnt worden ist, auf eine Teilnahme an dem Marseiller Attentat gestützt werden können, so hätte ihm nach der Konvention vom 23. Dezember 1929¹³⁾ stattgegeben werden müssen, da der Vertrag die Klausel enthält, nach der Attentate auf Staatshäupter usw. nicht als politische Delikte gelten¹⁴⁾.

* * *

Die Festigung und Fortbildung der Balkanentente findet in zwei Dokumenten ihren Ausdruck, deren Inhalt auf der Tagung der Parteien des Balkanpaktes in Ankara vom 30. Oktober bis 2. November 1934 vereinbart worden ist: das Statut der Balkanentente und das Statut eines Wirtschaftsrates der Balkanentente¹⁵⁾.

Der Grundgedanke dieser Instrumente ist, der gemeinsamen Politik der Balkanpaktmächte einen organisatorischen Ausdruck zu geben. Das oberste Organ der Entente ist der Ständige Rat der Außenminister. Die weite Fassung seines Zuständigkeitsbereiches, der sich auf die gemeinsame Politik der Mächte erstrecken soll — und zwar nach Art. 1 in Verbindung mit Art. 4 sowohl in den Beziehungen der vier Mächte zueinander wie zu dritten Staaten —, ohne daß über den Inhalt dieser Politik Genaueres vereinbart wird, ermöglicht es, auch Fragen der inneren Politik von gemeinsamem Interesse, etwa die Vereinheitlichung des Rechts, in seine Arbeit einzubeziehen. Das während der Tagung in Ankara herausgegebene Communiqué des Ständigen Rates¹⁶⁾ teilt mit, daß eine Kommission mit der Prüfung der Frage der Rechtsangleichung und Rechtsvereinheitlichung auf gewissen Gebieten der Gesetzgebung der Mitglieder-Staaten beauftragt worden ist. Gleichzeitig wird bekannt gegeben, daß der Ständige Rat die Formel erwägt, die ihm den Beitritt zu dem südamerikanischen Gewaltverzichtsvertrag vom 20. Oktober 1933, dem sog. Saavedra-Lamas-Vertrag¹⁷⁾, ermöglichen würde.

In dem Statut der Balkanentente ist von besonderem Interesse eine Gegenüberstellung von Art. 1 und Art. 4. Nach Art. 1 sind alle

¹³⁾ Ratif. am 1. August 1931; Staatsblatt (Dürzaven Vestnik) Nr. 108 v. 12. August 1931.

¹⁴⁾ Art. 4 des Vertrages: . . . Ne sera pas considérée comme infraction politique ni comme fait connexe à une semblable infraction l'attentat contre la personne d'un chef d'Etat, contre celle des membres de sa famille ou contre celle d'un chef de Gouvernement, lorsque cet attentat constituera le fait de meurtre ou de tentative ou de complicité à ce fait . . .

¹⁵⁾ Abgedruckt unten S. 133 ff.

¹⁶⁾ Le Messenger d'Athènes, No. 3915, v. 3. Nov. 1934; La Documentation Internationale 1934 S. 314.

¹⁷⁾ S. darüber diese Zeitschr. Bd. IV, S. 356.

Beteiligten formell gleichberechtigt, indem alle Beschlüsse einstimmig gefaßt werden müssen (der Vorsitzende hat lediglich in bezug auf Einberufung und Tagesordnung eine Sonderstellung). Art. 4 — der besser unmittelbar nach Art. 1 stehen sollte — stellt darüber hinaus den Grundsatz völliger Gleichheit der Beteiligten in allen zur Verhandlung stehenden Fragen und allen Entscheidungen bezüglich der Beziehungen der Vertragspartner untereinander und zu anderen Staaten auf. Die Bedeutung dieser materiellen Gleichheit ist, besonders hinsichtlich der Beziehungen zu dritten Staaten, nicht ohne weiteres erkennbar. So kann zunächst die Gewährung von besonderen Rechten seitens eines Partners an ein einzelnes anderes Mitglied ausgeschlossen sein sollen. Die Wirkung der Bestimmung wäre insoweit die einer auf den Kreis der Paktmitglieder beschränkten Meistbegünstigungsklausel. Ferner kann man fragen, ob die Einräumung von Sondervorteilen an einen der Ententestaaten durch einen außenstehenden Staat, die nicht auch den anderen Partnern der Entente eingeräumt werden, diese Gleichheit zerstören würde. Problematisch wird die Frage, wenn es sich um die Gewährung von Vorteilen für einen dritten Staat durch einen der am Pakt beteiligten handelt, z. B. die Gewährung eines Minderheitenschutzes durch Griechenland für Bulgarien. Mit der »Gleichheit« der Paktgenossen hat dies eigentlich nichts mehr zu tun, obwohl gewisse Anhaltspunkte dafür bestehen, daß gerade solche Fälle ausgeschlossen werden sollten. Eine praktische Bedeutung würde die Bestimmung natürlich vor allem im Falle eines Beitritts Bulgariens und Albaniens zum Balkanpakt für diese Staaten gewinnen können.

Der neu geschaffene Wirtschaftsrat der Balkanentente, der für die progressive Gleichordnung der wirtschaftlichen Interessen der vier Vertragsstaaten sorgen soll, hat ein besonderes Statut erhalten¹⁸⁾. Sein Aufgabenkreis soll über den in Art. 5 des Statuts festgelegten vorläufigen Arbeitsplan hinaus erst später endgültig festgelegt werden.

Für die Frage nach der Festigkeit der Balkanentente sind andererseits gewisse Vorkommnisse zwischen einzelnen Mitgliedern, die die durch den Pakt geregelten Aufgaben der gemeinsamen Politik nicht unmittelbar berühren, nicht ohne Bedeutung. So hat das türkische Gesetz, nach dem weder türkische noch ausländische Geistliche außerhalb des Dienstes auf der Straße geistliche Kleidung tragen dürfen, in Griechenland erhebliche Mißstimmung hervorgerufen. Da insbesondere für den griechischen Patriarchen in Konstantinopel gesetzlich keine Ausnahme gemacht worden ist — man hat eine solche im Verwaltungswege zugesichert — so werden die Maßnahmen in Griechenland als gegen den griechischen Clerus in der Türkei gerichtet angesehen. Die

¹⁸⁾ S. unten S. 134.

Verhandlungen zwischen den Regierungen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt.

Dagegen ist ein anderer Reibungsflächen bietender Fragenkomplex zwischen den beiden Ländern nunmehr als bereinigt anzusehen. Die auf dem griechisch-türkischen Abkommen vom 30. Januar 1923¹⁹⁾ (inseriert in den Vertrag von Lausanne durch dessen Art. 142) beruhende griechisch-türkische gemischte Kommission für den Bevölkerungsaustausch hat ihre Arbeiten beendet, nachdem unter ihrer Aegide etwa 800000 Griechen und 450000 Türken, oft unter fürchterlichsten Umständen, ihre Heimat verlassen und eine neue unter ihren Stammesbrüdern gesucht haben. Ihre Arbeit, die von zeitweise bis zu 20 Unterkommissionen unterstützt wurde, bestand nicht nur in der Sorge für einen reibungslosen Austausch, sondern auch in der Regelung aller sich aus den Beziehungen der Einzelnen zu dem jeweiligen Staate ergebenden Fragen politischer und wirtschaftlicher Art. Durch ein Abkommen vom 19. Oktober 1934 ist die Kommission nun aufgehoben worden. Ihr abschließender Arbeitsbericht liegt noch nicht vor.

Hinsichtlich der Beziehungen der Balkanpaktmächte zu den anderen Balkanstaaten ist hervorzuheben, daß die Annäherung zwischen Bulgarien und Jugoslawien von den anderen Partnern des Balkanbundes als mit ihren Interessen nicht vereinbar mit Mißtrauen betrachtet wird. Abgesehen von der Rückwirkung dieser Tatsache auf die Festigkeit der Balkanentente bedeutet dies eine Minderung der Wahrscheinlichkeit, daß Bulgarien in absehbarer Zeit dem Balkanbund beitreten könnte. Dasselbe gilt für Albanien, dessen Beziehungen zu Griechenland in letzter Zeit nicht besonders freundliche waren. Anlaß der Spannung ist vor allem die Schulreform in Albanien. Durch die im Verfolge der Verstaatlichung aller Schulen vorgesehene Abschaffung der Privatschulen werden besonders die griechischen Schulen in Süd-Epirus getroffen. Die griechische Regierung sieht in diesen Maßnahmen einen Verstoß gegen die von Albanien durch eine Erklärung im Jahre 1921 eingegangene Verpflichtung zum Schutze der Minderheiten²⁰⁾. Sie hat den Völkerbundsrat mit diesem Fall befaßt, der in der Januar-Sitzung beschlossen hat, ein Gutachten des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag einzuholen.

Für das Verhältnis der Partner des Balkanpaktes endlich zu den in der Kleinen Entente geeinten Staaten sind die Nachrichten über die Stellungnahme der Balkanmächte zu den römischen Verhandlungen

¹⁹⁾ Martens Nouv. Rec. Gén., III. Serie, Bd. 13, S. 422 ff.; ergänzt durch die Abk. von Athen vom 1. Dezember 1926 (Staatsblatt von Griechenland Nr. 70, vom 27. April 1927) und von Ankara vom 10. Juni 1930 (Staatsblatt von Griechenland Nr. 226, vom 3. Juli 1930).

²⁰⁾ S. ds. Zeitschr. Bd. IV, S. 157, Anm. 5.

zwischen Frankreich und Italien von Interesse. Die Meldungen sind allerdings nicht ganz widerspruchlos. So soll der türkische Außenminister einem Vertreter des Petit Parisien gegenüber geäußert haben, Laval könne bei seiner Politik mit der vorbehaltlosen Unterstützung durch die Mächte der Balkanentente rechnen²¹⁾. Andererseits soll Griechenland auf der Tagung des Ständigen Rates in Ankara den Standpunkt eingenommen haben, daß eine Vereinigung der Politik der Balkanentente und der Kleinen Entente nicht möglich sei. Auch die deutlich betriebene Annäherung Jugoslawiens an Sowjetrußland, die zu einer Aufnahme der diplomatischen Beziehungen gegen bedeutende handelspolitische Zugeständnisse für die Ausfuhr Südslawiens führen soll und die sich gegen eine Einkreisung Jugoslawiens durch Italien richtet, ist in diesem Zusammenhang zu beachten. Soweit diese Bestrebungen auf Besorgnisse über einen außenpolitischen Kurswechsel in Bulgarien infolge des Sturzes der Regierung Georgieff zurückzuführen sind, erscheinen diese allerdings ungerechtfertigt, da die Politik der Annäherung an Jugoslawien in Bulgarien vor allem vom König selbst ausging.

Abgeschlossen am 7. Februar 1935.

Lubenoff.

Anhang

I. Statuts de l'Organisation de l'Entente Balkanique¹⁾

Les Etats représentés,

Désireux de maintenir et d'organiser la paix; ayant la ferme volonté d'intensifier les rapports économiques avec tous les Etats sans distinction et entre les signataires de l'Entente Balkanique en particulier; décidés de donner aux rapports d'amitié et d'alliance qui existent entre les quatre Etats de l'Entente Balkanique, une base organique et stable; convaincus de la nécessité de réaliser cette stabilité par la constitution d'un organe directeur de leur politique commune, ont résolu de confirmer la pratique de leur travail commun réalisé depuis la signature du Pacte de l'Entente Balkanique, et de convenir pour l'avenir ce qui suit:

STATUT DE L'ENTENTE BALKANIQUE

Art. 1^{er}. — Un Conseil Permanent des Etats de l'Entente Balkanique, composé des ministres des affaires étrangères des pays respectifs, est constitué comme organe directeur de la politique commune du groupe des quatre Etats. Les décisions du Conseil Permanent seront prises à l'unanimité.

Art. 2. — Le Conseil Permanent, en dehors de ses rapports réguliers par la voie diplomatique, se réunit obligatoirement au moins deux fois par an.

²¹⁾ Wie weit man sich auf solche Zeitungsmeldungen verlassen kann, bleibe dahingestellt. Anlaß zu Zweifeln gibt z. B. die Tatsache, daß im »Temps« vom 11. Oktober 1934 die letzten Worte des Königs Alexander in der Formulierung: »conservez l'amitié franco-yougoslave« wiedergegeben werden, während sie der Skupstina und dem Senat in Belgrad in dem Sinne: »Hütet mein Jugoslawien« mitgeteilt worden sind.

¹⁾ Staatsblatt von Griechenland, Nr. 449, vom 28. Dezember 1934.

Les réunions annuelles obligatoires auront lieu tour à tour dans chacun des quatre Etats. Si nécessité il y a, des réunions extraordinaires du Conseil Permanent pourront être convoquées par son président, à Genève ou ailleurs.

Art. 3. — Le président du Conseil Permanent est actuellement, pour une durée d'une année à partir du 9 février 1934, date de la signature du Pacte Balkanique à Athènes, le ministre des affaires étrangères de Grèce. Le 9 février 1935 la présidence du Conseil Permanent passera, de plein droit, au ministre des affaires étrangères de Roumanie; le 9 février 1936 au ministre des affaires étrangères de Turquie, et le 9 février 1937 au ministre des affaires étrangères de Yougoslavie. Le roulement continuera ensuite de la même manière par ordre alphabétique »Grèce-Roumanie-Turquie et Yougoslavie« et pour la même durée d'une année à partir du 9 février. C'est le président qui prend l'initiative, en vue de fixer la date et de désigner le lieu de la réunion, qui en arrête l'ordre du jour, et prépare les décisions à prendre.

Art. 4. — Dans toutes les questions qui sont discutées, ainsi que dans toutes décisions qui seront prises, soit en ce qui concerne les rapports des Etats de l'Entente Balkanique entre eux, soit en ce qui concerne leurs rapports avec les tiers, le principe de l'égalité absolue des quatre Etats de l'Entente Balkanique est rigoureusement respecté.

Art. 5. — Un Conseil Economique Consultatif des Etats de l'Entente Balkanique, pour la coordination progressive des intérêts économiques des quatre Etats, est constitué. Il sera composé de spécialistes et d'experts en matière économique, commerciale et financière, et fonctionnera comme organe auxiliaire consultatif du Conseil Permanent.

Art. 6. — Le Conseil Permanent a la faculté d'établir d'autres organes stables ou temporaires, des commissions ou des comités, soit pour une question spéciale, soit pour des groupes de questions déterminées, en vue de les étudier et d'en préparer les solutions pour le Conseil Permanent. Tous ces organes auront un caractère consultatif et auxiliaire.

Art. 7. — Un Secrétariat du Conseil Permanent est créé. Son siège est établi toujours pour un an, dans la capitale du président en exercice du Conseil Permanent.

Fait à Ankara le 2 novembre 1934.

(Folgen die Unterschriften.)

STATUT DU CONSEIL ECONOMIQUE CONSULTATIF DE L'ENTENTE BALKANIQUE ²⁾

Art. 1. — Le Conseil économique de l'Entente Balkanique est composé de quatre sections nationales: hellénique, roumaine, turque et yougoslave.

Art. 2. — Chaque section aura comme membres cinq délégués notamment: a) pour la politique commerciale en général, b) pour les questions agricoles, c) pour les questions industrielles, d) pour les questions financières, les questions de crédit et des Banques générales d'Emission, e) pour les questions des communications.

Art. 3. — Dans chaque section des experts et des spécialistes ayant la connaissance de la vie économique pratique, pourront être nommés pour assister les délégués dans l'examen de l'activité économique des quatre pays. Les sections pourront aussi se diviser en comités s'occupant de questions ou de groupes de questions spéciales.

²⁾ Staatsblatt von Griechenland Nr. 449 vom 28. Dezember 1934.

Art. 4. — Chaque section prépare ses études et ses propositions concrètes dans ses réunions nationales. Les quatre sections se réunissent, régulièrement au moins deux fois par an, à tour de rôle, dans les capitales de chaque pays pour coordonner leurs travaux particuliers dans les sections et pour préparer leurs propositions communes, qui sont ensuite présentées au Conseil Permanent pour décision.

Art. 5. — L'objet détaillé des études du Conseil économique, ainsi que son régime intérieur, feront l'objet d'une décision ultérieure du Conseil Permanent. Pour le moment, le Conseil Permanent décide que dans les cinq mois à venir, le Conseil Economique devra se réunir une fois à Athènes et une fois à Ankara, pour pouvoir présenter à l'occasion de la réunion de l'Entente Balkanique qui aura lieu le 10 Mai 1935 à Bucarest, un rapport circonstancié de l'ensemble du Conseil sur les questions suivantes: a) Intensification des relations économiques et commerciales entre les Etats signataires de l'Entente Balkanique; b) Développement des voies de communications interbalkaniques, notamment de celles qui utilisant le Danube et la Mer Noire permettront d'activer les échanges des Etats Balkaniques et de l'Europe Centrale avec l'Asie, ainsi que les autres voies de communications maritimes, c) Possibilité de créer une Banque Balkanique à l'étranger, d) Tourisme en général.

Fait à Ankara le 2 Novembre 1934.

Au nom du Gouvernement de la République Hellénique:

Le Ministre des Affaires Etrangères
D. MAXIMOS.

Au nom du Gouvernement Royal de Roumanie:

Le Ministre des Affaires Etrangères
N. TITULESKO.

Au nom du Gouvernement de la République Turque:

Le Ministre des Affaires Etrangères
Dr. T. RUSTU.

Au nom du Gouvernement Royal du Yougoslavie

Le Ministre adjoint aux affaires Etrangères
Bojidar POURITCH.

2. Beschluß des Völkerbundsrates vom 10. Dez. 1934, betreffend den ungarisch-jugoslavischen Streit ¹⁾)

« I.

- « Le Conseil,
- « Certain d'être l'interprète des sentiments de la Société des Nations tout entière;
- « Unanime à déplorer l'attentat qui a coûté la vie au Roi Chevalier Alexandre I^{er} de Yougoslavie l'Unificateur, et à M. Louis Barthou:
- « Flétrit ce crime odieux;
- « S'associe au deuil de la nation yougoslave et de la nation française;
- « Et demande que tous les responsables soient châtiés.

¹⁾ S. d. N., Journ. Off. 1934, p. 1795.

« II.

« Le Conseil,

« Rappelle que tout Etat a le devoir de n'encourager ni de tolérer sur son territoire aucune activité terroriste pour des fins politiques;

« Que tout Etat doit ne rien négliger pour prévenir et réprimer les actes de ce genre et pour prêter son concours, aux mêmes fins, aux gouvernements qui le lui demandent;

« Constate que ces devoirs s'imposent particulièrement aux Membres de la Société des Nations en raison des obligations du Pacte, en relation avec l'engagement qu'ils ont pris de respecter l'intégrité territoriale et l'indépendance politique présente des autres Membres.

« III.

« Le Conseil,

« Soucieux de voir régner entre les Membres de la Société la bonne entente dont la paix dépend et leur faisant confiance pour éviter tout ce qui serait de nature à la compromettre;

« Constatant qu'il résulte des débats qui se sont déroulés devant le Conseil et des documents qui lui ont été communiqués — notamment de la correspondance diplomatique échangée de 1931 à 1934 entre les Gouvernements hongrois et yougoslave —, que diverses questions relatives à l'existence ou à l'activité hors du territoire yougoslave d'éléments terroristes n'ont pas été réglées dans des conditions donnant satisfaction au Gouvernement yougoslave;

« Constatant que, d'après ces débats et ces documents, certaines autorités hongroises auraient assumé, au moins par négligence, des responsabilités à l'occasion d'actes se rattachant à la préparation de l'attentat de Marseille;

« Considérant, d'autre part, que le Gouvernement hongrois, conscient de ses responsabilités internationales, a le devoir de prendre ou de provoquer sans délai toute sanction appropriée à l'égard de celles de ces autorités dont la culpabilité serait établie;

« Convaincu de la volonté du Gouvernement hongrois de s'acquitter de ce devoir:

« L'invite à communiquer au Conseil les mesures qu'il aura prises à cet effet.

« IV.

« Le Conseil,

« Considérant que les règles du droit international concernant la répression de l'activité terroriste n'ont pas, à l'heure actuelle, une précision suffisante pour garantir, d'une manière efficace, la coopération internationale à cet égard:

« Décide de constituer un Comité d'experts chargé de faire une étude de cette question en vue de l'élaboration d'un avant-projet de convention internationale propre à assurer la répression des menées entreprises ou des crimes commis pour des fins de terrorisme politique;

« Décide que ce Comité sera composé de onze membres, les Gouvernements de la Belgique, du Royaume-Uni, du Chili, de l'Espagne, de la France, de la Hongrie, de l'Italie, de la Pologne, de la Roumanie, de l'Union des Républiques soviétistes socialistes et de la Suisse étant invités à nommer chacun un membre;

« Renvoie à ce Comité l'étude des suggestions qui ont été présentées au Conseil par le Gouvernement français et invite les Gouvernements qui auraient

également des suggestions à présenter à les faire parvenir au Secrétaire général en vue de leur examen par ce Comité;

« Invite ce Comité à faire rapport au Conseil en vue de l'application par celui-ci de la procédure prévue par la résolution de l'Assemblée du 25 septembre 1931 concernant l'élaboration de conventions générales négociées sous les auspices de la Société des Nations ».

3. Auszug aus der Rede Titulescos vor dem Völkerbundsrat am 10. Dezember 1934 über die Revision der Verträge ¹⁾

.... Il y a, dans le Pacte, un article fameux, à cause de la spéculation qu'on en fait, l'article 19, qui stipule que « l'Assemblée peut examiner, de temps à autre, les traités devenus inapplicables ». Cette disposition vise les clauses en cours d'exécution. Les frontières étant déjà appliquées, la revision de l'article 19 ne saurait les concerner. Mais, même si l'on n'était pas partisan de cette théorie, tout le monde est d'accord que la revision ne pourrait avoir lieu sans le consentement des parties intéressées. Rien de plus logique. Le moindre contrat ne saurait être modifié sans le consentement des parties intéressées. Comment pourrait-il en être autrement lorsqu'il s'agit d'un traité solennel comme un traité de paix ?

Or, à chaque demande de revision de la Hongrie, les trois pays intéressés ont répondu par un non catégorique et définitif.

Insister, c'est sortir de la légalité. Insister n'est plus oeuvre de paix, mais oeuvre de guerre. On veut, en effet, par une savante propagande, violenter la volonté des gouvernements, ou bien préparer, à l'intérieur des Etats, des transformations ou des séparations qui rendraient la procédure légale inutile.

Et ici, nous touchons à un point essentiel. Oui, nous reconnaissons que la revision est une institution légale qui, sous réserve de son objet possible, suppose l'unanimité des voix de l'Assemblée, y compris, personne ne le conteste, la voix des parties.

Il est, partant, légal de s'adresser à la Société des Nations pour savoir si l'unanimité et la voix des parties se trouvent réunies. Mais il est profondément illégal et contraire à l'article 10 du Pacte de compromettre, par la propagande, l'intégrité territoriale ou l'indépendance politique des Etats.

L'article 19 constitue une soupape de sûreté. Mais l'article 19 ne saurait justifier les actes destinés à créer la situation internationale dangereuse qui pourrait déclencher l'action de l'Assemblée.

Si, de par elles-mêmes, les choses ne vont pas, l'article 19, aux conditions requises, peut jouer. Mais prétendre qu'on peut créer la maladie, par une propagande empoisonnée, rien que pour donner au médecin le titre qui lui permet d'intervenir, est une aberration que nul traité n'a prévue et que nul pays ne saurait accepter.

C'est pourquoi, en insistant, de façon expresse, sur le fait que je ne veux pas, par là, blesser les susceptibilités du Gouvernement Royal de Hongrie, ni celles de tout autre gouvernement, j'affirme que, pour moi, revisionnisme et terrorisme ne sont pas choses tellement distinctes. Il y a, entre les deux, les liens de filiation qui unissent le père à l'enfant. C'est parce que la revision trouble les hommes quant à la justice de leur sort, que les bras s'arment pour exécuter les commandements d'un esprit exaspéré.

¹⁾ s. S. d. N., Journ. Off. 1934, S. 1744/45.

C'est pourquoi, à la place de la revision des frontières comme solution du maintien de la paix, j'ai toujours proposé des accords francs et loyaux, de nation à nation, qui apportent des remèdes aux maux les plus pressants.

La frontière est l'expression de la souveraineté close qui est à l'origine des guerres dont nous venons de sortir. Ce n'est pas en la déplaçant que l'on sert la paix; c'est en la dévalorisant graduellement par une pratique journalière que l'on arrivera à l'unique solution des problèmes territoriaux: la complète spiritualisation des barrières entre peuples. Mais pour cela, il faut créer, entre nations, un état de confiance qui leur permette de s'abandonner les unes aux autres

Zur Frage der Anerkennung von Mandschukuo ¹⁾

Völkerbundspublikationen: 1) Journ. Off., Suppl. Spécial No. 112, 1933 (Beschluß der außerordentlichen Völkerbundsversammlung v. 24. Febr. 1933: Annahme des Berichtes des Comité spécial auf Grund von Art. 15 Ziff. 4 a. a. O. p. 22; Verpflichtung zur Nichtanerkennung Mandschukuos in Teil IV, sect. III, a. a. O. p. 76; Einsetzung eines Comité consultatif a. a. O. p. 24 ss.; erste Sitzung dieses Komitees v. 15. März 1933 a. a. O. p. 100). — 2) Journ. Off., Suppl. Spécial No. 113 (2. Sitzung des Comité consultatif v. 28. März 1933, p. 8; mesures proposées par le comité consultatif concernant la non-reconnaissance du «Mandchoukuo» — Sitzung v. 7. Juni 1933 — p. 10 ss.). — 3) Journ. Off., Januar 1934, p. 17 s.: Annahme dieser Maßnahmen durch 10 Staaten. — 4) Journ. Off., Mai 1934, p. 429 s.: Beschluß v. 16. Mai betr. Postbeziehungen Englands mit Mandschukuo; p. 431 s.: Beschluß betr. die Ausfuhr von Rauschgiften nach Mandschukuo und Jehol. — 5) Journ. Off., Aug. 1934, p. 964 ss.: Anerkennung Mandschukuos durch Salvador. — 6) C. 661. M. 316. 1933. XI, p. 13 ss., p. 24 ss.: Relation entre la non-reconnaissance du «Mandchoukuo» et l'application des Conventions de l'opium. — 7) Journ. Off., Febr. 1934, p. 157 ss.: Bericht des Präsidenten der Opiumkommission über die 17. Sitzung, Annahme durch den Völkerbundsrat. — 8) Journ. Off., Jan. 1935, p. 10 ss.: Annahme des Beschlusses über die Postbeförderung durch Mandschukuo durch 14 Staaten; Schreiben des Generalsekretärs vom 17. Mai 1934 an den Präsidenten der Opiumkommission, Antwort der Opiumkommission v. 4. Juni 1934 betr. Garantien für die Ausfuhr von Opium nach Mandschukuo.

Bücher: R. H. Sharp, Non-recognition as a legal obligation, 1775—1934, Liège 1934, p. 152—172 (im Auszug erschienen in Geneva Special Studies vol. V No. 4, 1934). — E. Bing-Shuey Lee, Two years of the Japan-China undeclared war and the attitude of the powers, 1933, Shanghai, bes. p. 175 ss. — Geneva Special Studies, 1934, vol. V No. 3, The League and «Manchukuo» — M. W. Graham, In Quest of a law of recognition, California 1933, bes. v. 12, 19, 22. — Federation of British Industries, Report of Mission to the Far East, Aug./Nov. 1934. — Department of Foreign Affairs, Manchoukuo Government, General Survey of Conditions in Manchoukuo, Hsinking, Nov. 1934. — Publications of the Department of Foreign Affairs, Manchoukuo Government, Information Bulletins Nos. 51—120, Hsinking, Febr. 1934. — A. E. Hindmarsh, Force in Peace: Force short of war in international relations, Cambridge 1933, bes. p. 166 ss.

Zeitschriften: C. M. Bishop, International Law and the Manchurian Question, Georgetown Law Journal, vol. 21, p. 306—14. — L. Cavaré, La reconnaissance de l'Etat et le Mandchoukuo, Rev. gén. de droit int. publ. 1935, p. 5—99, bes. p. 86 ss. — P. Chailley,

¹⁾ Vgl. auch den Bericht in Bd. IV S. 72 ff. ds. Zeitschr.